

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, der Betriebsrat der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland, wenden uns mit der eiligen Bitte um Unterstützung an Sie. Es geht hier nicht nur um die Rechte von über 100 Mitarbeiter/innen, sondern vor allem auch die von Millionen Patienten, die jahrelang auf die Beratungsleistung der UPD vertraut haben und auch in Zukunft darauf angewiesen sind.

Die politisch Verantwortlichen und der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) haben entschieden, dass alle derzeitigen Mitarbeiter/innen die Kündigung ihres Arbeitsverhältnisses erhalten werden.

Nach der Sondersitzung des Gesundheitsausschusses bangen wir alle um unsere Arbeitsplätze. Aufgrund der fehlenden Perspektiven droht schon jetzt, weit vor dem 01.01.2024, eine Einschränkung des Beratungsangebots durch weitere Abwanderungen der Mitarbeiter/innen.

Der Arbeitgeber und der GKV-Spitzenverband sind nicht bereit, die bestehenden Arbeitsplätze zu erhalten, obwohl das Beratungsangebot nach dem Willen des Gesetzgebers unverändert durch den Spitzenverband aufrechterhalten werden soll.

Den Berater/innen Perspektiven zu bieten ist offenbar nicht das Anliegen des GKV-Spitzenverbandes. Jegliche Verhandlungen mit uns, dem Betriebsrat der jetzigen UPD, lehnt der Spitzenverband bis heute rigoros ab. Es ist absolut unklar, wie einerseits die Fachkompetenz erhalten bleiben soll, andererseits keinerlei Angebote für die aktuell Beschäftigten vorgelegt wurden.

Der Arbeitgeber hat bereits die Massenkündigung eingeleitet. In den nächsten Tagen werden die Kündigungsschreiben zugestellt.

Kompetenz wächst nicht auf Bäumen! Es scheint so, als seien sich die betroffenen Akteure nicht bewusst, wie schwer es ist erfahrene und gute Mitarbeiter im Gesundheitswesen zu bekommen.

Besonders bizarr ist der Umstand, dass der GKV- Spitzenverband die Abwicklung der jetzigen UPD mitfinanziert, obgleich der **Bundesrechnungshof die Finanzierungspraxis scharf kritisiert hatte.** In diesem Zusammenhang sollen **mehr als 500.000 Euro aus Krankenkassenbeiträgen fließen.**

Hinter der jetzigen UPD gGmbH steht bekannterweise die Sanvartis GmbH, die im Bereich Gesundheitswesen kommerziell tätig ist. Dieses Finanzierungskonzept geriet in den Fokus des Bundesrechnungshofes, weshalb nach dem Willen des deutschen Gesetzgebers die UPD in Form einer Stiftung, finanziert durch den GKV-Spitzenverband, ab Januar 2024 verstetigt werden soll. Dies hat der derzeitige Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach in einer Pressemitteilung ausdrücklich verlauten lassen.

Der GKV-Spitzenverband und der Geschäftsführer der jetzigen UPD beabsichtigen die **komplette Einstellung der Beratung** bereits zum 8. Dezember 2023. Angesichts der umfangreichen Reformen im Gesundheitswesen **stehen die Patient/innen orientierungslos im Regen.**

Bemerkenswert ist, dass die Sanvartis GmbH nach aktueller Kenntnis die derzeitige gGmbH nach Umbenennung weiterführen darf.

Der Spitzenverband möchte die erfahrenen **Mitarbeiter/innen nicht mitnehmen**, jedoch die Arbeit und Mühe der Arbeitnehmer, nämlich alle Inhalte der internen Wissensdatenbank, alle E-Mail-Adressen und Telefonnummern der Patientenberatung in die neue Struktur übernehmen.

Unsere Kolleg/innen haben unbefristete Verträge und gehen nach vielen Jahren der Aufbauarbeit vollkommen leer aus. Weder Arbeitsplätze noch Abfindungen wurden angeboten! Es ist ihnen nicht zu verübeln, wenn sie sich das Gezerre um die Gründung der Stiftung UPD nicht weiter antun wollen.

Der Spitzenverband wird alle materiellen und immateriellen Werte mitnehmen, verkennt aber, dass diese ohne die entsprechenden Menschen dahinter absolut nichts nützen.

Soll hier ein Betriebsübergang mit allen Mitteln verschleiert werden?

Ab dem 01.01.2024 wird dann die Stiftung als Nachfolger der jetzigen UPD ohne Mitarbeiter/innen beginnen, was offensichtlich vom Spitzenverband und den politisch Verantwortlichen, nämlich dem Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach und seiner Staatssekretärin Sabine Dittmar gewollt ist, denn sie beabsichtigten nicht den gesetzlich in solchen Fällen vorgesehenen Betriebsübergang (§613 a BGB). Es scheint, als ob es gerade Ihre Absicht ist, den gesetzlich zwingenden Vorgaben des BGB zu entfliehen und mehr als 100 Arbeitnehmer/innen arbeitslos auf die Straße zu setzen.

Wir sehen hier von den Verantwortlichen eine schändliche Missachtung der gesetzlichen Vorgaben und der Rechte der bewährten Arbeitnehmer/innen der jetzigen UPD.

Wir müssen umgehend gemeinsam mit allen Verantwortlichen und Betroffenen-Vertretern einen sogenannten Runden Tisch bilden, welcher gute Lösungen für Patient/innen und Arbeitnehmer/innen erarbeitet und fixiert. Bisher war das Ministerium hierzu bedauerlicherweise nicht bereit.

Unser Ziel ist es, die Arbeitsplätze und die kompetente Beratung für die Patienten zu erhalten.

Helfen Sie uns und werden ein Teil des Prozesses!

Wir bitten um kurzfristige Kontaktaufnahme unter: betriebsrat@patientenberatung.de

Wir bitten die Unannehmlichkeiten zu entschuldigen und hoffen weiterhin auf Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Der Betriebsrat der

UPD Patientenberatung Deutschland gGmbH

Tempelhofer Weg 62

12347 Berlin

E-Mail: betriebsrat@patientenberatung.de

Mobil: 0162-4082150

Web: www.patientenberatung.de

[News](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#)



**Unabhängige
Patientenberatung
Deutschland | UPD**